



18.06.2015 – 18:07 Uhr

## ikr: 14. Bodensee-Sicherheitsgespräch

Vaduz (ots/ikr) -

Länder und Kantone im internationalen Bodenseeraum wollen die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen weiter ausbauen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 14. Bodensee-Sicherheitsgesprächs haben am Donnerstag, 18. Juni 2015, in der Stadt Schaffhausen insbesondere die grenzüberschreitende Bekämpfung der Einbruchskriminalität thematisiert.

Beim Bodensee-Sicherheitsgespräch kommen die für die innere Sicherheit verantwortlichen Minister, Staatssekretäre und Regierungsräte aus dem Fürstentum Liechtenstein, den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern (D), dem Bundesland Vorarlberg (A) und den Kantonen St. Gallen, Thurgau und Schaffhausen (CH) zusammen. Gastgeber des Treffens am Donnerstag, 18. Juni 2015, in der Stadt Schaffhausen war die Vorsteherin des Finanzdepartementes des Kantons Schaffhausen, Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bodensee-Sicherheitsgesprächs waren sich einig und haben nochmals bekräftigt, dass dem Schwerpunktthema Einbruchdiebstahl im Bodenseeraum nach wie vor hohe Priorität zukommt. Dies manifestiert sich u.a. in der sehr engen Zusammenarbeit der Kriminalpolizeien der Bodenseeanrainerstaaten.

Analysiert und diskutiert wurden erste Resultate und Erkenntnisse aufgrund der gemeinsamen Erklärung zur grenzüberschreitenden Bekämpfung der Einbruchskriminalität, die von den beteiligten Ländern und Kantonen am 13. Bodensee-Sicherheitsgespräch im Jahr 2014 in Frauenfeld TG verabschiedet worden war. Wie sich herausstellte, sind nach wie vor alle Länder stark mit dem Problem Einbruchdiebstahl konfrontiert. Aufgrund der stark koordinierten und länderübergreifenden Zusammenarbeit konnten grosse Ermittlungserfolge erzielt werden. Gesamthaft ist die Zahl der Einbruchdiebstähle im Bodenseeraum zurückgegangen. Die länderübergreifenden Task Force-Gruppen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität werden ihre Anstrengungen ausbauen, die dazu beitragen sollen, dass Informationen rasch und unbürokratisch im Rahmen der Länderverträge ausgetauscht werden.

Gleichzeitig nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bodensee-Sicherheitsgesprächs anerkennend von der landesübergreifenden geleisteten Polizeiarbeit Kenntnis.

Kontakt:

Ministerium für Inneres, Justiz und Wirtschaft  
Claudia Gerner  
T +423 236 65 93

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100774436> abgerufen werden.